

23.04.2012 / Berlin/Brandenburg / Seite 14

## Das Oderbruch nie ganz im Griff

### Binnenhochwasser wurde von der CDU politisch gegen Rot-Rot ausgenutzt

*Dietmar Barkusky*



Bewohner protestierten im März, indem sie über die Bundesstraße 1 bei Manschnow symbolisch das Oderbruch evakuierten.

Foto: dpa/Patrick Pleul

Nicht nur in Niederungen wie dem Oderbruch, wo sich Wasser ansammelt und das Grundwasser nahe der Oberfläche steht, sondern auch auf grundwasserfernen Standorten beklagen Menschen feuchte Wände und Wasser im Keller, macht Stauwasser eine Bewirtschaftung von Acker und Gartenland unmöglich. Der Grund sind die sehr hohen Niederschläge in den letzten zwei Jahren.

Stößt das in den Boden eindringende Wasser auf Stauschichten, durch die das viele Wasser nicht durchsickern kann, dann kommt es zum Anstauen des Wassers. An Hängen fließt es mitunter im Bodenkörper ab - für uns nicht sichtbar. Verstärkt wird dies gegebenenfalls durch nicht mehr intakte oder zerstörte Drainagen. Diese sollten eigentlich stauendes Wasser aufnehmen und in Gräben ableiten. Das angestaute Wasser gelangt mancherorts wie eine Quelle an die Bodenoberfläche und macht eine Bodennutzung nicht möglich, wie es zum Beispiel auf einem Acker nahe Müncheberg seit Frühjahr 2010 der Fall ist. Dieses Phänomen

war dort bislang nicht aufgetreten. Selbst bei einem am Berg gelegenen Wohnhaus kann es zu Wassereinbruch im Keller kommen, wie ein weiterer Fall in Müncheberg zeigt.

Im Oderbruch ist die Situation freilich weitaus schwieriger. Es ist eine Flussniederung, stark melioriert, intensiv landwirtschaftlich genutzt. Ohne das regulierende Eingreifen des Menschen würde die Niederung wieder zu dem werden, was sie mal war. Doch das will niemand.

Der Frust der Menschen dort ist verständlich. Ein Gutachten, das zur Ergründung der Ursachen für das Binnenhochwasser im Oderbruch erstellt wurde, wird nun von Demonstrationsorganisator Frank Schütz und seinen Unionsfreunden gerne dafür herangezogen, die rot-rote Landesregierung der Lüge zu bezichtigen, indem sie behauptete, die vielen Niederschläge der letzten zwei Jahre seien Schuld an der Situation. Doch das Gutachten gibt nur die halbe Wahrheit wieder, indem die Jahrzehnte lange Vernachlässigung der Gewässerunterhaltung durch das Land als Hauptgrund für das Binnenhochwasser genannt wird.

Dass dies die Situation im Oderbruch verschärft, ist unbestritten. Doch ein Binnenhochwasser kann bei außergewöhnlich hohen Niederschlägen auch bei einer intakten Gewässerregulierung entstehen, denn auf Aueböden versickert Oberflächenwasser nur langsam. Und ein Gefälle, das Wasser abfließen lässt, gibt es kaum. Politisches Engagement ist sicherlich ehrenwert, sofern es um die Sache geht. Proteste sind mitunter notwendig, um sich mit Nachdruck Gehör zu verschaffen. Dieses Mal schien es erforderlich gewesen zu sein, da die Verantwortlichen in der Regierung sich schwer taten, das umzusetzen, was das Parlament längst beschlossen hatte. Der Landtag bekannte sich zum Oderbruch als Siedlungs- und Wirtschaftsraum, woraus die Absicherung der Finanzierung auch von Projekten zur Gewässerregulierung in den Dörfern abzuleiten ist. Dass dies seitens der Regierung zunächst nicht klar zu sein schien, führte zu berechtigtem Unmut.

Bedauerlich ist es, wenn politisches Kapital aus der Notsituation der Menschen gewonnen werden soll, wie es Unionsfreund Schütz tut, indem immer wieder Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Regierung, im Besonderen an der Glaubwürdigkeit von Umweltministerin Anita Tack (LINKE), gesät werden, auch wenn konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Gewässerregulierung im Oderbruch längst in Angriff genommen wurden und die Finanzierung der Wasserregulierung in den Siedlungen zugesichert ist. Statt selbstkritisch auch darüber zu reden, dass die CDU, zehn Jahre in Regierungsverantwortung, offenbar nichts gegen Vernachlässigungen in der Gewässerpflege im Oderbruch unternommen hat, statt konstruktiv und sachlich an der Lösung der Probleme mitzuwirken, wird mit fachlich haltlosen Argumenten gegen Ministerin Tack geschossen. Denn die Forderung an die Ministerin, Schäden im Oderbruch gänzlich zu unterbinden, zeugt von Inkompetenz. Es ist ein Irrglaube, wir Menschen könnten das Oderbruch jemals gänzlich im Griff haben. Im Übrigen gibt es Menschen im Oderbruch, die trotz Warnung erfahrener Dorfbewohner den Keller zu tief bauten und nun über Wasser im Haus klagen.

Der Agraringenieur Dietmar Barkusky ist Abgeordneter der Linksfraktion im Kreistag Märkisch-Oderland.

---

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/224892.das-oderbruch-nie-ganz-im-griff.html>